



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

63. Sitzung (öffentlich)

7. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:30 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes	1
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/4500 (Neudruck) Erste Ergänzungsvorlage Drucksache 13/4660 Vorlage 13/2550 Abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen, zu den Einzelplänen 11 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie) und 15 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit), Zuständigkeitsbereiche des Ausschusses	

Der Ausschuss stimmt über die von den Fraktionen vorgelegten Änderungsanträge zu den ihn tangierenden Kapiteln des Einzelplans 11 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie) und des Einzelplans 15 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit) ab; siehe dazu die Beschlussempfehlungen an den Haushalts- und Finanzausschuss, Vorlagen 13/2621 und 13/2634.

In den Gesamtabstimmungen nimmt der Ausschuss die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teile der Einzelpläne 11 und 15 unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge jeweils mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP an.

2 Freie Schauspieler(innen) und Tänzer(innen) brauchen berufliche Selbstständigkeit 5

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3625

Vorlage 13/2496

Zuschriften 13/3561 und 13/3564

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/3625, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP ab.

3 Schuleingangsuntersuchung entbürokratisieren - Attest des Kinderarztes anerkennen 6

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4320

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 13/4320, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und CDU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP ab.

4 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 8

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4559

- nur Verfahrensabsprache

Der Ausschuss kommt überein, diesen Gegenstand nicht mitzuberaten und kein Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

5 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL) 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4586

- nur Verfahrensabsprache

Der Ausschuss verständigt sich darauf, diesen Gegenstand in der 64. Sitzung des AGS am 14. Januar 2004 abschließend zu beraten und abzustimmen.

AGS-Ausschuss

07.01.2004

63. Sitzung (öffentlich)

roe-be

5 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4586

- nur Verfahrensabsprache

Dieser Gesetzentwurf, so **Vorsitzender Bodo Champignon**, sei durch das Plenum am 21. November 2003 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie zur Mitberatung u. a. an den AGS überwiesen worden. Da der letzte Termin für die Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss der 3. Februar 2004 sei, könnte der AGS diesen Gegenstand in seiner 64. Sitzung abschließend beraten und abstimmen, sofern er dies nicht in dieser Sitzung tun wolle. Es bestehe auch die Möglichkeit, ganz auf ein Votum zu verzichten.

Michael Scheffler (SPD) kündigt im Namen der Koalitionsfraktionen an, diesen Gesetzentwurf mitzuberaten, da er sich auch auf die Arbeitsschutzämter auswirken werde. Das könne wie vorgeschlagen in der 64. Sitzung des AGS geschehen.

Rudolf Henke (CDU) merkt an, in einem insgesamt sympathischen und in der Region ausdrücklich begrüßten Gesetzentwurf wirke die erneute Zusammenlegung der Umweltämter und der Ämter für Arbeitsschutz fast wie ein Fremdkörper. Um die geplante Änderung nachvollziehen zu können, möge die Landesregierung die Erfahrungen seit der Auseinanderlegung dieser Ämter unter dem damaligen Minister Matthiesen bewerten.

Vorsitzender Bodo Champignon stellt Einvernehmen fest, diesen Gegenstand in der 64. Sitzung des AGS am 14. Januar 2004 abschließend zu beraten und abzustimmen.

gez. Bodo Champignon

Vorsitzender

be/26.01.2004/28.01.2004

400